

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,50 Goldmark  
Anzahlnummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung  
des Betrags)

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adlestraße 16  
Fernsprecher Nr. 8800 — Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag  
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen  
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

### Die Arbeitsdienstpflicht

Ein neues Heilmittel für unsere wirtschaftliche, politische und sittliche Not ist entdeckt worden: die Arbeitsdienstpflicht. Es ist damit zu rechnen, daß sie nächstens als Gesetzgebungskraft zu geben. Die Arbeitsdienstpflicht wird in einer steigenden Zahl von Zeitungsartikeln und Flugchriften gepriesen. In der vordersten Reihe der Lobfänger stehen Professoren und Literaten, Industrielle und Agrarier, gerühmte Damen und wilde Galantkrieger. Der Vertrieb des neuen Heilmittels hat so ziemlich alles vereint, was sehnsüchtig nach der obrigkeitstaatlichen Vergangenheit giert. Zu der hinterbunten Schar gehören auch die demokratische Politiker, die nun endlich einmal eine Idee gefunden zu haben meinen, als auch ein paar wohlmeinende Sozialpolitiker, die anscheinend darauf verfaßt sind, den Glauben an ihren wirtschaftspolitischen Verstand zu vernichten. Wie man sieht, eine arg gemischte Gesellschaft. Es fehlt zur Vervollständigung ihres negativen Kredits nur noch die uniformierte Exzellenz mit den vaterländischen Belangen. Allein, auch ohne Feldwebel ist die Väterlichkeit des Arbeitsdienstzwanges verdächtig genug. Das kann und darf uns jedoch nicht abhalten, ihre Vorschläge sachlich und ohne jede Voreingenommenheit zu prüfen, sintemalen wir das Gute nehmen müssen, wo es sich findet.

Über die Gestaltung der Arbeitsdienstpflicht gehen die Meinungen nun zwar noch etwas auseinander, doch ist den meisten Vorschlägen das folgende gemeinsam: Alle jungen Männer vom 18. bis 24. Jahre und alle Mädchen vom 16. bis 19. Jahre sollen durch Gesetz gezwungen sein, ein Jahr (oder auch zwei Jahre) Arbeitsdienst zu verrichten, wofür ihnen keinerlei Lohn, sondern nur Unterkunft und Verköstigung gewährt werden soll. Die männlichen Arbeitsdienstpflichtigen sollen Arbeiten verrichten, deren Ausführung zu regelrechter Bezahlung nicht lohnend ist. Sie sollen Moore der Kultur erschließen, Ödland roden, Wälder niederlegen und aufforsten, Kanäle, Straßen und Bahnen bauen. Womit die Mädchen das Dienstjahr beschäftigt werden sollen, wird nirgends deutlich gesagt. Die und da wird angegeben, sie sollten in Hauswirtschaftlichen, Krankenpflege und Kleidermacherei unterrichtet und zur Milderung der Dienstbotennot verwendet werden.

Mit der Arbeitsdienstpflicht könne, so erzählen ihre Befürworter, fast eine Million arbeitsfähige Leute erfasst werden und, da sie als Entgelt nur Kost und Wohnung erhalten, dem Staat für verhältnismäßig wenig Geld alljährlich 2400 Millionen Arbeitsstunden leisten. Das bringt, um mit einem Lobfänger der Dienstpflicht zu reden:

eine von Jahr zu Jahr steigende Barerinnahme für das Reich (für den Anfang auf eine Milliarde jährlich berechnet), bessere Ausnutzung des Bodens und somit bessere Volksernährung, Behebung der Wohnungsnot, Ermöglichung wirtschaftsfördernder Kulturaufgaben, Verbesserung und Verbilligung des fürstgewesenen im weitesten Sinne, Verminderung der Arbeitslosigkeit, körperliche Erziehung und allgemeine Arbeitererziehung der deutschen Jugend, Anlernung für lebenswichtige Berufszweige, insbesondere Vorbereitung der Mädchen für den Hausfrauenberuf.

Solche oder ähnliche Erwartungen sind so ziemlich bei allen Befürwortern der Arbeitsdienstpflicht zu finden. Es werden somit gewaltige wirtschaftliche, soziale und erzieherische Vorteile für das finanziell zerrüttete Reich wie für die in jeder Hinsicht sehr verarmte deutsche Volksgemeinschaft erhofft. Wenn solche ungeheure Vorteile auf eine so verblüffend einfache Weise erreicht werden können, wer wollte da nicht freudig das gesetzliche Arbeitsjahr fordern und seine Väter als die Retter des Vaterlandes pfeifen? Die Frage ist nur, ob tatsächlich Aussicht auf Erfüllung der schönen Erwartungen vorhanden ist. Das gilt es zu untersuchen.

Wen gedenken denn die Befürworter dieser Dienstpflicht zur Arbeit zu zwingen? Wollen sie die Millionärskinder, Wörstler, Kennbahntrötter, Schieber, Zwischenhändler mit ihrem Koch von Lafaien, Schmiedern und Matrosen, kurz die Drohnen der Gemeinschaft zu produktiver Tätigkeit zwingen? Oder wollen sie die Millionärskinder und Lebendamen mit ihrem dienenden Anhang, die dem lieben Gott den Tag bei eilem Land und dummem Schwatz abstellen, zu Hausarbeit, Kleiderflecken oder Krankendienst zwingen? Wenn das erstrebt werden sollte, so würde es sicherlich nutzlos sein, und unser aller Unterstützung wäre der Arbeitsdienstpflicht schon um deswillen sicher, weil da ja eine alte sozialistische Forderung erfüllt würde. Doch von dergleichen ist nirgends die Rede. Der Arbeitsdienstzwang fordert die Unternehmungslust der als einen vollendeten Karren erklären, der da annähme, daß er, der Unternehmer, seinen Sohn Erdarbeiten verrichten lassen wolle oder gar sein Töchterchen, das zarte, zu Hausarbeit oder Krankendienst zwingen lasse. Wenn der Unternehmer von Arbeitszwang der Jugendlichen spricht, dann meint er nicht seine eigenen Kinder, sondern die der andern.

Den Vorschlägen gemäß sollen die jungen Leute schlechthin unter den gesetzlichen Arbeitszwang fallen. Aber die überwältigende Mehrheit berichtet ja schon an die Arbeit. Wird sie gezwungen, ihre Dienstpflicht zu erfüllen, muß sie den Beruf aufgeben. Was die Arbeitsdienstpflicht auf der einen Seite an wirtschaftlichem und geistlichem Vorteil bringt, geht auf der andern Seite durch die Einstellung der Berufstätigkeit verloren. Die angenommene Barerinnahme des Reiches wird so aufgehoben durch einen sichern Barverlust der nationalen Wirtschaft. Hiergegen mag man einwenden, dies sei nur in beschränktem Maße richtig, da ja die Arbeit der Dienstpflichtigen nur mit einfacher Kost und Wohnung, ihre Berufstätigkeit aber

mit vollem Tariflohn bezahlt werde, folglich sei die in Dienstpflicht geleistete Arbeit billiger, der Nutzen für Reich und Volkswirtschaft größer als bei der vollbezahlten Berufstätigkeit. Daß dieser Einwurf beträchtlich hinkt, zeigt kurzes Nachdenken: Die in Dienstpflicht geleistete Arbeit wäre vielleicht gewinnbringender, wenn die Leute mit Lust und Liebe und jeder nach seinen Neigungen oder Fähigkeiten schaffen könnte. Wo aber soll Lust und Liebe herkommen, wenn jeder gezwungen ist? Dann wird der Schneider wie der Maler, der Angestellte wie der Mechaniker, der Musiker wie der Tapezier zum Waldroben, Erbschneidern, Karrenschieben befohlen. Selbst wenn sie mit aller Begeisterung ans Werk gingen, würden sie, die zu solcher Arbeit ungeeigneten, veräußert wenig zuwege bringen und in ein paar Tagen nicht mehr weiter können. Jedenfalls wird ihre Arbeit mehr als teuer kommen, als wenn sie von geeigneten Kräften bei vollem Lohn verrichtet wird. Dies können bloß Leute bestreiten, für die eine tausendfältige Erfahrung umsonst gemacht ist.

Wenn nun der wirtschaftliche oder finanzielle Vorteil der Dienstpflicht eine glatte Täuschung ist, wie steht es dann mit dem erzieherischen Wert? Auf diesen legt ein Teil der Lobfänger des Arbeitszwanges viel mehr Gewicht als auf Selbstgewinn, weil sie dafür halten, daß der in der Kriegszeit emporgeliebten Jugend ein strafender Zwang zu nützlicher Tätigkeit nötig und wohlthätig sei. Wie steht es um diese Erwartung? Die Million junger Leute will aus ihrer bisherigen Umgebung herausgenommen und in Kasernen, Schulen, Baracken und Zelten untergebracht, da beisammengehalten werden und in möglichst spärlichen Zeitaltschnitten auf lange Stunden Urlaub bekommen. Kasernenregime! Die Dienstpflichtigen sollen nicht nur zu nützlicher Arbeit angehalten, sondern es soll ihnen auch berufliche, sittliche und vor allem vaterländische Unterweisung zuteil werden. Hierzu sind 100 000 Werkmeister und Lehrer oder Pädagogen erforderlich. Wo eine solche Menge beruflich und erzieherisch gezeigtem Geschick und vor allem sittlich fester Männer hernehmen? Es ist zwar hitzig bestimmt ausgesprochen, aber man kann getrost annehmen, daß an die Anstellung der alten Unteroffiziere und Offiziere gedacht wird oder, um es ganz vorsichtig auszudrücken, daß man an die Wiedereinrichtung des einst im Heere üblichen Systems denkt. Das könnte ja eine Erziehung werden, wenn beispielsweise der einjährige Feldwebel der Jugend sittliche Unterweisung gibt, ihr einen Vortrag über — Unbescheidenheit hält! Oder wenn der monofelherrliche Leutnant, den uns bekanntlich niemand nachmacht, der Arbeiterjugend — kameradschaftlichen Geist lehrt! Oder ein Stappenoffizier über — vaterländischen Opfermut spricht!

Eine Unterweisung und Arbeitsordnung, die nach Kasernenricht, ist nach alter Erfahrung die unsinnigste und unergiebigste. Die Kaserne ist der vollendetste Vergeudungsapparat für sittliche und wirtschaftliche Werte. Ihr Wahrspruch ist: Eine schaffa, zweita guda! In ihr sind Selbstüberlegung, eigener Antrieb, Schaffenslust, also die Voraussetzungen ertragreicher Tätigkeit, unmöglich und werden planmäßig vernichtet. Nach einem Jahr Kasernenleben sind die jungen Leute soweit zurückgebracht, daß sie mit der Berufslehre von vorne beginnen müssen. Trotz dieser Binsenwahrheit mag es Männer geben, die meinen, ein Jahr strenge Zucht könne einem Teil der Jugend bestimmt nicht schaden. Die so denken, sollten erwägen, daß die benötigte Erziehung ohne Kaserne viel billiger und ohne mit deren gefährlichen Nachteilen belastet, bewerkstelligt werden kann.

Die Kreise, die am lautesten nach der Arbeitsdienstpflicht rufen, stehen nun zwar nicht in dem Maße, über gründliche volkswirtschaftliche und pädagogische Bildung zu verfügen, aber es hieße sie dennoch unterschätzen, wollte man annehmen, sie seien sich der volkswirtschaftlichen oder finanziellen und ethischen Schädlichkeit des kasernenmäßigen Arbeitszwanges nicht bewußt. Wenn sie diesen dennoch fordern, so müssen sie damit ganz andere als die angegebenen Ziele verfolgen. Das tun sie in der Tat: Sie wünschen die Jugend — selbstverständlich vor allem die proletarische, für die andere werden genügend Löcher zum Entschlüpfen gemacht — unter die Fuchtel zu bekommen, um ihr das Hirn zu verleiern, das Selbstbewußtsein auszutreiben, die revolutionäre Gesinnung abzugewöhnen. Eine so entmannte Jugend läßt sich leicht als Streikbrecher gabe verwenden, wenn nicht gar als Hülfstruppe der Soldateska. Aber, wie zuweilen zwischen den Zeilen zu lesen ist, mit der unter Arbeitszwang gestellten Jugend wird noch Gefährlicheres beabsichtigt: Ihr soll inwischen, bis dem Militarismus wieder bessere Zeiten blühen, Kadavergehorsam beigebracht, der Kriegsgott entfacht, kurz zum Militärdienst vorbereitet werden für die große Stunde, auf die unsere Heereslieferanten, Granatenflücker und die andern Kriegsgewinnler mit den stellungslosen Offizieren inbrünstig warten.

So nachsichtig man auch die Arbeitsdienstpflicht beurteilen mag, man kommt zu keinem andern Schluß: die ihr zugeschriebenen wirtschaftlichen und sittlichen Vorteile sind großer Wahn oder glatte Täuschung. Die Arbeitsdienstpflicht läuft für die Jugend — für die proletarische — auf Fronddienst hinaus und ist nichts als eine prächtige Möglichkeit, Kadavergehorsam und der herrschenden Schicht eine ergebene Hülfstruppe zu züchten. Bei noch etwas näherem Zusehen gewahrt man an der Dienstpflicht die grimmige Frage des Militarismus mit allem abstoßenden, sadistischen, mörderischen Dumm und Drua. Daß die Arbeitsdienstpflicht mit allerhöchster Kraft zu bekämpfen ist, versteht sich nach alledem von selbst. F. K.

### Die Massenaufkraft heben!

Von dem Lohn eines Familienvaters hängt es ab, wie er Frau und Kinder ernähren und kleiden und welche Wohnung er bewohnen kann, es hängt auch davon ab, wie er seine Kinder ausbilden lassen, welche künstlerische Genüsse er sich verschaffen, wie er sein Heim ausstatten, welche Reisen er machen kann usw. Ein hohes Einkommen bedingt eine gute Lebenshaltung und umgekehrt. Die Massenaufkraft eines Volkes übt aber zugleich auch einen großen Einfluß aus auf das wirtschaftliche Leben. Wenn die Massen viel Geld verdienen, können sie auch viel Geld ausgeben, wovon die Landwirtschaft, die Industrie, das Handwerk, der Handel und das Verkehrswesen große Vorteile haben, können sie nur wenig kaufen, so muß das Wirtschaftsleben notwendigerweise zurückgehen und ins Stocken geraten. Auch das Geld, das die Massen nicht ausgeben, sondern sparen, trägt zur Verfruchtung der Wirtschaft bei, weil es die Kapitalkraft der Wirtschaft verstärkt. Es läßt sich kaum ausdenken, welchen großen Schaden das deutsche Wirtschaftsleben dadurch erleidet, daß die Proletariermassen so wenig Geld ausgeben und fast nichts mehr sparen können.

Zwei Ursachen sind es, aus denen die geringe Kaufkraft der Massen entspringt: die niedrigen Löhne einerseits und die hohen Warenpreise andererseits. Wenn der Arbeiter weniger verdient, als in der Kriegszeit, und wenn er für seine Lebensbedürfnisse mehr zahlen muß, ist es selbstverständlich, daß er sich einschränken muß. Nun steht fest, daß die Löhne und Gehälter durchschnittlich mindestens 25 v. H. unter dem Stande vor dem Kriege sind und daß die Warenpreise durchschnittlich mindestens 25 v. H. höher sind, woraus sich ergibt, daß die Massen schwerer um ihr Dasein zu ringen haben, sie sich mit dem Notwendigsten bescheiden müssen, und daß auch das wirtschaftliche Leben stoden muß. Es ist also eine selbstverständliche Forderung, daß die Massenaufkraft gehoben werden muß, und zwar wird diese Forderung nicht nur erhoben von der arbeitenden Bevölkerung willen, sondern auch von unserer Wirtschaft und aller deren Beteiligten halber. Die Erhöhung der Massenaufkraft kann sich nur vollziehen durch eine Hebung der Löhne und Gehälter und durch eine Senkung der Warenpreise.

Die Erhöhung der Löhne und Gehälter tritt mit Recht in den Vordergrund unserer wirtschaftlichen Kämpfe. Die Gewerkschaften kämpfen ununterbrochen um diese Erhöhung, wobei sie auf den heftigsten, zähesten Widerstand des Arbeitgeberturns stoßen. Sie fordern mit Recht eine auskömmliche Entlohnung, weil auf ihr die Möglichkeit beruht, ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Offenbar ist das Mißverhältnis zwischen der Lebenshaltung des Proletariats und der der besitzenden Klassen schroffer als früher. Man braucht nur das Zugulieben der Großverdiener und ihres Anhangs in den Erntefestlichkeiten, Bädern und Sommerfrischen zu beobachten und damit das sorgenvolle Dasein der Familien der Arbeiter und kleinen Beamten zu vergleichen, um die tiefe Kluft zu sehen, die sich aufstut zwischen denen, die auf der Sonnenseite des Lebens wohnen, und jenen, die in den Niederungen des Daseins hausen. Dieses Mißverhältnis ist ungerecht und unsittlich, es wirkt aufreizend und muß schließlich zu blutigen Zusammenstößen und damit zum Untergang unseres Volkes führen. Wie Altgriechenland und Altrom an dem Zwiespalt zwischen bergeshohem Reichtum und abgrundtiefer Armut zugrunde gegangen sind, so wird auch Deutschland zugrunde gehen, wenn es nicht gelingt, auf friedlichem Wege diese Kluft auszufüllen. Deswegen ist eine auskömmliche Entlohnung nicht nur für die proletarischen Schichten, sondern auch für die „staats- und gesellschaftserhaltenden Schichten“ von Belang, die leider so sehr mit Blindheit geschlagen sind, da sie dies nicht einsehen.

Die Senkung der Warenpreise ist das zweite große Mittel, um die Massenaufkraft zu steigern. Da der Preis einer Ware von verschiedenen Umständen bestimmt wird: Herstellungskosten, Transportkosten, Speise, Angebot und Nachfrage, so gibt es verschiedene Wege, die Preise herabzudrücken. Daß ein zwangsweises Herabdrücken der Preise durch behördliches Eingreifen unmöglich ist, hat uns die Kriegs- und Nachkriegszeit gelehrt; es kann nur erreicht werden durch eine Veränderung unserer Erzeugung und Güterverteilung von innen heraus. Weil unsere Wirtschaft kein Mechanismus, sondern ein lebensvoller Organismus ist, so muß alles Herumpfeifen und Quacksalbern an äußeren Erscheinungen wirkungslos bleiben.

Sollen die Herstellungskosten eines Verbrauchsgutes vermindert werden, so muß die Produktivkraft der menschlichen Arbeit gesteigert werden. Wir müssen höhere Arbeitsleistungen erzielen, wenn wir niedrigere Preise haben wollen. Diese höheren Arbeitsleistungen sollen aber nicht, wie kapitalistisch verfehlte Wirtschaftler dies beabsichtigen, auf Kosten der proletarischen Arbeitskraft erzielt werden, sondern auf andern Wegen. Die Kapitalisten denken mechanistisch, sie messen die Arbeit nach der Elle, weshalb sie glauben, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit eine Steigerung der Arbeitsleistung mit sich bringen werde. Sie verwechseln den Arbeiter mit einer Maschine, die bekanntlich in zehn Stunden mehr leistet als in acht Stunden, wissen aber nicht, daß dies auf die menschliche Arbeit nicht zutrifft, die ja keine mechanische Einrichtung, sondern ein seelisch-geistiger Vorgang ist. Es ist eine Binsenwahrheit, daß das Arbeiten von körperlichen, geistigen und seelischen Bedingungen abhängig ist, weshalb die Arbeitszeit für die Arbeitsleistung nicht ausschlaggebend ist. Es macht einen Unterschied in bezug auf die Arbeitsleistung, ob der arbeitende Mensch sich körperlich wohl befindet und ob er geistig seiner Arbeit gewachsen ist, ob er frisch und gekräftigt zur Arbeit kommt, ob er seelisch niedergedrückt ist, ob er Freude an

seiner Arbeit hat, ob er mit innerer Anteilnahme sein Werk verrichtet oder ob von allem diesem das Gegenteil der Fall ist. Deswegen erscheint die Verlängerung des Arbeitstages gegen den Willen der Arbeiter als das ungeeignetste Mittel, die Arbeitsleistung zu steigern. Dies Ziel kann viel besser erreicht werden durch eine bessere Entlohnung und Verbesserung der Arbeiter, damit sie mit Lust und Liebe an ihre Arbeit gehen, damit sie Freude an der Arbeit haben und daher sorgfältiger und gewissenhafter ihre Pflicht tun.

Ferner kann die Produktivität der Arbeit gesteigert werden durch eine gute Technik und eine gute Arbeitsorganisation. Es braucht wohl kaum gesagt zu werden, welche Rolle im Produktionsprozess spielen. Der Aufstieg unserer Wirtschaft beruht ja mit auf der Verbesserung der Technik, die im Laufe der Zeit zu einer Wissenschaft geworden ist. Die Betriebe sind zu wirtschaftlichen Organisationen geworden, in denen die Arbeiter ineinander greifen wie Räder in einem Automaten, in denen jede Kräftezerpflünderung und Kräftevergeudung unmöglich gemacht werden soll. Schon heute ist in dieser Beziehung viel geleistet worden, aber es muß noch bedeutend mehr geleistet werden. Die Unternehmer und Betriebsleiterungen müssen besser daran, hier den Hebel der Produktionssteigerung anzusetzen, anstatt immer auf Mittel und Wege zu sinnen, um die Arbeitszeit zu verlängern und immer mehr Arbeit aus den Knochen der Arbeiter und Arbeiterinnen herauszuschinden.

Auch die Organisierung der Güterverteilung trägt zu einer Verbilligung der Waren bei. Es ist ein Jammer, anzusehen, wie die Verbrauchsgüter von der Produktionsstätte zu den Verbrauchern übergeben werden. Zahlreiche überflüssige, schmarozhafte Zwischenglieder schieben sich zwischen die Erzeuger und Verbraucher, sie saugen wie Blutegel am Mark der Wirtschaft und verteuern die Waren ganz ungemein. Da wimmelt es von Händlern aller Art, von Agenten, Kommissionshändlern, Reisenden, Generalvertretern usw., die alle den Namen von der Milch abschöpfen und auf Kosten der Verbraucher ein gutes Leben führen. Wäre es da nicht besser, wenn der Weg vom Erzeuger zum Verbraucher von diesen — sagen wir mal — Begehrerern gesäubert würde, indem man durch Produktiv- und Konsumgenossenschaften eine gerade Verbindung herstellt? Ansätze sind hier bereits vorhanden, aber es ist noch sehr viel zu tun, ehe wir eine wirkliche, planmäßige Organisation zur Verteilung der Waren bekommen.

Endlich kommt es noch darauf an, das Angebot an Gütern dadurch zu steigern, daß eine stärkere Zufuhr vom Ausland stattfindet, damit alle jene Verbrauchsgüter herangebracht werden, die im Inlande entweder gar nicht oder nur in beschränktem Maße hergestellt werden. Man denke nur an den Verbrauch von Fleisch und Fett in Deutschland. Bekanntlich ist der steigende Verbrauch an Fleischnahrung ein Beweis für den steigenden Wohlstand eines Landes. Man lehrt uns die Statistik, daß der Fleischverbrauch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika im letzten Jahre 84 kg je Kopf der Bevölkerung betrug. In Deutschland betrug der Verbrauch im Jahre 1913 pro Jahr und Kopf 68 kg, im Jahre 1923 nur noch 52 kg. Das heißt also, daß der Deutsche durchschnittlich nur ein Drittel von dem Fleisch verzehrt kann, was dem Amerikaner zur Verfügung steht. Wie dies Verhältnis auf die Arbeitsfähigkeit des deutschen Proletariats wirken muß, leuchtet ohne weiteres ein. Die deutsche Landwirtschaft ist beim besten Willen nicht imstande, ausreichende Nahrung an Fett und Fleisch zu liefern. Ähnlich verhält es sich auch mit anderen Nahrungsmitteln. Da muß man sich wundern, daß trotzdem die Agrarier immer behauptend Schußball, wenn nicht gar Einfuhrverbote fordern, um auf diese Weise durch Vermeidung des Angebots die Preise in die Höhe zu treiben. Sie begründen ihre Forderung damit, daß sie sagen, die deutsche Landwirtschaft müsse gegen den Wettbewerb des Auslandes geschützt werden, bedenen aber nicht dabei, daß dadurch die Lebenshaltung der großen Massen des Volkes bis unter Null herabgedrückt wird. Auch in den industriellen Kreisen machen sich schuldähnliche Bestrebungen bemerkbar, und so scheint es denn, weil die kapitalistisch-agrarischen Parteien im Interesse der Mehrheit haben, daß für landwirtschaftliche und industrielle Erzeugnisse Schutzzölle erhoben werden. Die Folge davon wird sein, daß auch das Ausland mit Schußballen gegen Deutschland vorgehen wird, um die Einfuhr von deutschen Waren zu erschweren. Das würde für das deutsche Proletariat eine weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und damit eine Steigerung der Arbeitslosigkeit bedeuten. Wenn dies geschehe, so werden die proletarischen Schichten Deutschlands an eigenen Leiden erfahren, welche Dummheit es gewesen ist, bei den Wahlen des bürgerlichen Parlamentes Stimmen zu geben.

Der Sieg des Proletariats ist eine Gewissheit. Es sind weniger die wilden Aufregungen unserer Gegner, als die Bemerkungen in unserer eigenen Reihen, die diesen Sieg hinauszuverschieben drohen.  
Karl Liebknecht

### Erhöhung der Streikunterstützung

#### Wiedereinführung der Erwerbslosenunterstützung

Wie alle übrigen Gewerkschaften, war auch unser Verband durch den Notzustand der letzten Jahre gezwungen, die Streikunterstützung zu beschränken und die Erwerbslosenunterstützung ganz einzustellen. Den Erwerbslosen wurde nur noch eine Erwerbslosen-Beitragsmarke, die freilich immerhin im Gegensatz zur beitragsfreien Marke einen Wertgegenstand darstellt, für jede Woche der Erwerbslosigkeit verabsichtigt. Mit dieser Sachlage hat sich der Verbandstag zu Kassel sehr eingehend befaßt und den Vorstand und Ausschuß beauftragt, vorerst die Streikunterstützung nach dem Stand der Mittel auf die im Statut festgelegte Höhe zu erhöhen. Wenn dies geschehen, also die volle Streikunterstützung sichergestellt ist, sollten Vorstand und Ausschuß baldmöglichst die Erwerbslosenunterstützung wiederum einführen. Wenn nicht gleich die vollen Erwerbslosenunterstützungssätze gewährleistet werden könnten, sollten sie nach und nach eingeführt werden.

Diesem Auftrag vermittelnd, haben nunmehr Vorstand und Ausschuß nach Anhören des engeren Beirats beschlossen, die Streikunterstützung ab 30. Juni 1924 (27. Beitragswoche) auf die im Statut festgelegte Höhe zu erhöhen. Von diesem Zeitpunkt an also gelten für die vom Vorstand genehmigten Streiks die im Statut festgelegten Sätze. Singsingen werden solche Streiks, die vom Vorstand nicht genehmigt sind, aus Mitteln der Hauptkasse nicht unterstützt. Für verheiratete Streikende beträgt der Zuschlag für die Frau und jedes der Fürsorge unterstehende Kind wöchentlich 60 % Selbstverpfändlich sind gemäß den statutarischen Bestimmungen während dem Bezug von Streikunterstützung Beiträge zu zahlen. Die Erwerbslosenmarke fällt beim Bezug von Unterstützung fort.

Die Wiedereinführung der Erwerbslosenunterstützung schien dem Vorstand, Ausschuß und engeren Beirat fast ebenso dringlich, wie die Erhöhung der Streikunterstützung. Obwohl ein genauer Zeitpunkt für die Wiedereinführung der Erwerbslosenunterstützung angesichts der unklaren Wirtschaftslage nicht festgelegt werden konnte, haben Vorstand und Ausschuß doch grundsätzlich den Beschluß gefaßt, vorläufig 75 v. H. der im Statut für Erwerbslosenunterstützung festgelegten Sätze baldmöglichst einzuführen. Wenn die Wirtschaftsverhältnisse sich günstiger gestalten, sollen auch in diesem Unterstühtungsweig möglichst bald die vollen Sätze an die Erwerbslosen zur Auszahlung gelangen.

Durch diese Beschlüsse wird den Mitgliedern unseres Verbandes in ihren wechselnden wirtschaftlichen Verhältnissen — im Kampfe und bei Erwerbslosigkeit — eine günstigere Grundlage und daher härtere Widerstandskraft verschafft. Nun gilt es, mit frischer Kraft erneut an die Werkarbeit zu gehen. Die Metallarbeiter Deutschlands müssen im Deutschen Metallarbeiter-Verband gesammelt und vereinigt werden, den Unternehmern zum Trotz, den Mitgliedern zum Wohl!

### Zariffbewegung der Pforzheimer Schmuckwarenindustrie

Als im letzten Viertel des vorigen Jahres unsere Schatzmacher begannen, sich von den Fesseln des Tarifvertrags zu befreien, fehlte auch der Arbeitgeberverband von Pforzheim nicht. Auch er ging zum Angriff über, wohl in der Annahme, einen durch Selbstentwertung und Mitgliederverlust geschwächten Gegner vor sich zu haben. Der Anmarsch entsprach sein Tarifentwurf, den er den Gewerkschaften vorlegte.

Der Entwurf enthielt die Verlängerung der Arbeitszeit auf 64 und die der Mittagspause auf 14 Stunden. Urlaub sollte es überhaupt nicht mehr geben, später gefanden die Unternehmer, gnädig, wie sie nun einmal sind, den über 25 Jahre alten Leuten drei Tage zu. Ferner sollten die Bestimmungen über die angeleiteten Leute wegfallen, die Kinderlöhne nur für den Durchschnittsarbeiter gelten, Überstundenzuschläge sollte es erst von der 65. Stunde an geben, und zwar für die ersten beiden 10 v. H., für die nächsten zwei 20 v. H. und für Sonntagsarbeit 40 v. H. Die Gewährung der Unternehmer wurde durch den Ausspruch ihres Syndikats gekennzeichnet: „Sie (die Gewerkschaften) haben ihr Stärkeverhältnis bisher angenüht und die erhöhten Forderungen durchgedrückt, jetzt ist das Stärkeverhältnis umgekehrt und damit die Fesseln für uns gelöst. Wir wollen die Fesseln loswerden und das jetzige Stärkeverhältnis zugunsten der Arbeitgeber ausbauen.“

Der Schiedsgericht des Schlichtungsamtes sprach die Beibehaltung der bisherigen Arbeitszeit aus, nahm aber in Rücksicht auf die Beibehaltung der 48stündigen Arbeitszeit Verschlechterungen an anderen Stellen des Tarifs vor. Die Arbeiter nahmen den Spruch an, die Unternehmer lehnten ihn ab. Die beantragte Selbstmitleids-erklärung lehnte der Landespräsident ab, besonders weil ihm die Mittagspause von einer halben Stunde nicht ausreichend schien. Der tariflose Zustand ging weiter.

Der Arbeitgeberverband teilte Anfang April den Gewerkschaften mit, daß er spätestens am 1. Juni die geteilte Arbeitszeit und die 48stündige Arbeitswoche einführen werde. Hierzu legte der Landespräsident einen Rahmenvertrag vor, der die 48stündige Arbeitszeit, die verlängerte Mittagspause und einige Verbesserungen im Vergleich zum ersten Schiedspruch enthielt. Dieser Entwurf wurde von

den Kollegen durch Abstimmung abgelehnt. Nach einigen Winkelzügen der Unternehmer kam ein neuer Schiedspruch zustande, der dann von den Parteien angenommen wurde. Den Kollegen wurde die Annahme dadurch erleichtert, daß der Spruch die 48stündige Arbeitszeit erhielt, die Verlängerung der Mittagspause aber zu gering schien, um einen Kampf zu wagen.

Was bringt nun der neue Tarif? Vor allem die Erhaltung der 48stündigen Arbeitszeit bis zum 31. Dezember d. J., Bezahlung der Überstunden von der 49. Stunde an, Festlegung des Urlaubs bis zur Höchstbauer von neun Tagen, Gewährung von Ferien für die verheirateten und über 25 Jahre alten Leute von fünf Tagen bei einer ununterbrochenen einjährigen Beschäftigung im Betriebe. Dann bringt der neue Tarif günstige Bestimmungen bezüglich der Einstellung und Entlassung, die im alten Tarif nicht vorhanden waren, außerdem noch andere Vorteile.

Durch diese Tarifbewegung wurde abgewehrt: die Verlängerung der Arbeitszeit von wöchentlich sechs Stunden. Da 30 000 Arbeiter in Frage kommen, ist eine Arbeitszeitverlängerung von 180 000 Stunden je Woche verhindert worden. Ferner wurden im neuen Tarif wiederum Ferien vonogelegt von fünf Tagen im Jahr. Dies bedeutet einem Gewinn von 100 000 Arbeitstagen, um die die Ausschleiß vermindert wird, von den anderen Erzeugnissen oder abgewehrten Verschlechterungen ganz zu schweigen.

Weider werden diese Vorteile von einem Teil der Pforzheimer Arbeiter als zu gering bemerkt, vornehmlich deshalb, weil die halbstündige Mittagspause nicht erhalten werden konnte. Diesem Teil ist, wie es scheint, eine längere Arbeitszeit, vermehrtes Aussehen, mehr Arbeitslosigkeit lieber, als der Verzicht auf eine Wohnmöglichkeit. Freilich wäre auch die halbstündige Mittagspause gehalten worden, wenn die Arbeiter so zahlreich wie früher der Organisation treu geblieben wären. Der Verlust der halbstündigen Mittagspause ist die Schuld jener Kollegen, die dem Verbande den Rücken gekehrt haben. Die Tarifbewegung hat ein halbes Jahr gedauert. Es wäre also Zeit genug gewesen, sich an seine Pflicht dem Verbands gegenüber zu erinnern. Wäre das geschehen, auch die alte Mittagspause wäre erhalten geblieben. Die Arbeiter der Schmuckwarenindustrie mögen dies wohl beherzigen.

### Wirtschaftskampf und Lebensfreude

Die freien Gewerkschaften sind religiös neutral, aber sie können auch verlangen, daß die Kirchen den Einflüssen des Wirtschaftskampfes gegenüber eine neutrale Stellung einnehmen. Die evangelische Kirche in Sachsen verbreitete jedoch vor einiger Zeit ein Flugblatt, in dem sie auf die Zusammenhänge zwischen Selbstmord und Kirchenlosigkeit hinwies, die sie feststellte zu haben glaubte. Nun haben die neuen Untersuchungen am Institut für gerichtliche Medizin in Graz ergeben, daß die überlebende Mehrzahl der Selbstmörder Kranke Menschen sind, womit die Behauptung der Kirche in sich zusammenbricht. Aber auch die neueste Statistik über die Selbstmorde in Preußen beweist, daß bei den Selbstmördern nicht irgend ein Bekenntnis, sondern die Not des Lebens als Ursache in Betracht kommt. Die Zahl der in den Jahren 1921 und 1922 durch Selbstmord gestorbenen Personen setzte sich nämlich nach der Religion zusammen aus 5737 und 6060 (1921 und 1922) Evangelischen, 1215 und 1272 Katholiken, 115 und 171 sonstigen Christen und 160 und 138 Juden. In 842 und 386 Fällen war die Religion nicht angegeben oder unbekannt. Wenn man berücksichtigt, daß auch von diesen Personen noch ein gewisser Prozentsatz irgend einer christlichen Gemeinschaft angehört, so ergibt sich, daß die Zahl derer, die keinem bestimmten Bekenntnis angehören, unter den Selbstmördern sehr gering ist und die Anschuldigungen der sächsischen Kirche deshalb völlig unbegründet sind. Die amtliche Statistik weist auch ausdrücklich darauf hin, daß bei den Selbstmördern, deren Ursache bekannt geworden ist, mehr als die Hälfte Geistes- und Nervenkrankheiten oder körperliche Leiden als Ursache aufweisen und daß dazu dann die Fälle kommen, in denen der Selbstmord aus wirtschaftlicher Not begangen ist.

Wir glauben darum, daß der auf einer höheren stillen Marke steht, der nicht verächtlich den Stein auf diese Behauptung wirft, sondern durch seinen gewerkschaftlichen Kampf dafür sorgt, daß wirtschaftliche Not und aus der Not des Lebens gewordene Leiden einmal nicht mehr möglich sind.

### Englisches Urteil über Löhne und Unternehmerwillkür in Deutschland

In der angesehenen Wirtschaftszeitung „The Economist“ berichtet ein Mitarbeiter über die wirtschaftliche Lage Deutschlands. Die Frage, wie nach Stabilisierung der Mark eine inländische Konjunktur für verschärfte Verbrauchartikel entstehen konnte, beantwortet er damit, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger sich an Entbehrungen in der Ernährung während der Inflation so gewöhnt haben, daß sie nach der Stabilisierung etwas von ihren geringeren Löhnen zur Beschaffung von Kleidung verwenden konnten. „Indessen“, schreibt er, „kann nicht verhehlt werden, daß die Arbeit in Deutschland gegenwärtig außerordentlich schlecht bezahlt wird. Die Nominallöhne sind geringer als vor dem Kriege, während die Kosten der Lebenshaltung um 45 bis 50 v. H. höher stehen. Die Reallohn betragen demzufolge nicht mehr als 60 v. H. der Friedenslöhne. In den ersten Tagen der Stabilisierung war die Arbeiterklasse mit der neuen Lohnfestsetzung gern einverstanden. Mit der Zeit wurde ihr aber die wirkliche Lage klar, und es waren gerade die Lohnforderungen, die ihr die hoffnungslose Geringsüchtigkeit der gegenwärtigen Entlohnung vor Augen führten.“ An anderer Stelle: „Die Unternehmer sind außerordentlich anmaßend. Sie sind in der Tat die geistigen Erben der alten Militärs und sind gegenwärtig im vollen Bewußtsein ihrer überlegenen Lage bei den Verhandlungen... Wenn die Unternehmer nicht eine sehr hohe Haltung annehmen, so wird der Tag der Berechnung kommen, und vielleicht viel früher, als die meisten heute vermuten.“

### Zodestrahlen

von Hans Borroquin

**Barbierung der Schriftleitung.** In der Abhandlung meines geschätzten Mitarbeiter sei bemerkt, daß wir die Kunde von den Todesstrahlen von aller Anfang an mit Unwissenheit und Unfähigkeit aufgenommen haben, die noch unerbittlich verstärkt wird durch Abhandlungen, die wir in ungeschicklichen und ungeschicklichen Mätern finden. Wie die Erfahrung wirklich hat, als wir je Mathews angeden ließ, hätte ihn die englische Regierung damit bestraft nicht nach Paris lassen. Ungeachtet dessen ist ein weiterer Mitarbeiter die Sache mit geschickter Barbierung.

**Was ist der Wert der Mathews' Todesstrahlen?** Ein Engländer Herr Charles Mathews behauptet, daß er den Wert dieser Strahlen, die aus einem kleinen Apparat kommen, zu schätzen weiß. Er behauptet, daß diese Strahlen ein sehr wirksames Mittel sind, um die Haut zu reinigen, sie zu erweichen und sie zu erhitzen. Er behauptet, daß diese Strahlen ein sehr wirksames Mittel sind, um die Haut zu reinigen, sie zu erweichen und sie zu erhitzen. Er behauptet, daß diese Strahlen ein sehr wirksames Mittel sind, um die Haut zu reinigen, sie zu erweichen und sie zu erhitzen.

Da ich jetzt auf einem Gebiet im Bereich der Hautpflege ein Fachmann bin, wie man ihn in England viel bei gewisser weitverbreiteter Hautkrankheiten verwendet. Er wird angewandt und liefert ein wunderbares Ergebnis. Aber dies ist nicht meine Meinung. Denn ich habe nicht der übliche Mathews' Strahlen, die aus einem kleinen Apparat kommen, sondern die Lebensstrahlen. Freilich sind auf eine Entfernung von fünf

20 Meter. Denn die Verhältnisse des Raumes, in dem die Vorrichtung funktioniert, gestalten größere Abstände nicht. Kann hat der kleine viereckige Kasten, der dort steht, wo die Strahlen einstrahlen, die empfindliche Stelle der Fingerring erreicht, so steht diese aus: nach ein paar Anhebungen des Schwanzes steht der Motor still. Und diese verhältnismäßig Wirkung wird nicht nur einmal gezeigt, sondern Mathews läßt sie sich wohl zehnmal vorführen. Er hebt den Arm: Mathews fesselt den Strahl, und augenblicklich ruht der Herzschlag des Patienten. Dann wird der Versuch abgebrochen. Der Empfänger soll die Strahlen nur für einen kurzen Augenblick auf die Maschine senden. Wichtig ist die Fingerring des Motors aus; aber die lebendige Schwammkraft läßt über dessen Verlangen hinweg, und alles kommt wieder in Ordnung, nachdem die feindlichen Strahlen abgebrochen worden sind.

Gerät hat einen Strahl, die ihre Fäden nur auf eine so lange Kammerne existieren, einem Fingerring hat in den Fäden nicht verhängen werden, indem sie dort dem Motor die Lebenskraft nehmen. Aber natürlich ruht der Empfänger mit Sicherheit darauf, daß sich der „Lebensstrahl“ seiner Strahlen nach gehörig in die Höhe gehoben hat. Man hat sogar bemerkt, daß kein Gefunden sei, was Mathews erst bringen will. Vor einigen Monaten machten französische Flieger auf dem deutschen Boden niedergehen, weil ihre Maschinen von australischen Panzer betreffen worden waren. Man hat damals allen Grund auf französischer Seite angenommen, daß die Deutschen Strahlen erwidern hätten, die infauste wären, denn Flieger in den Fäden gewissermaßen mit einem elektrischen Lasso zu fangen.

Aber zurück zu Mathews. Er sagt allen Verleumdern, die sich eines Motors mit elektrischer Fingerring bedienen, den Krieg an. Er erklärt auch, daß seine Strahlen überhaupt sämtliche elektrische Betriebe im westlichen Sinn — zum Beispiel auch die drahtlose Telegrafie und das geschätzte Spiel der Radiowellen — lahmlegen könnten. Über das letztere wenigstens in Frage erreicht werden würde. Ich habe den Mathews' Todesstrahlen nicht geprüft, sondern ihn nur angenommen, weil er sich wie mir scheint, nach und nach einbürgert. Er ist mir teilweise patetisch. Versteht irgendeine Fingerring, so bewirkt das keine tödlichen Folgen zu haben — auch nicht

bei einem Flugzeug, das dann immer noch in sicherem Gleitflug niedergehen kann. Und wenn bei einem weiteren Versuche Mathews eine Glühlampe durch Bestrahlung zum Leuchten brachte, die nur zwischen zwei langen Drähten eingespannt war, deren Enden Marzillac und ein Gehülfe erfaßt hatten, so bedeutet das eine durchaus harmlose Wirkung.

Aber trefflich erscheint jene Bezeichnung, wenn man die beiden Vorführungen ins Auge faßt, die dem Berichtstatter noch gefolgt wurden. In der Rede war eine metallene Schale an einem Baumwollfaden aufgehängt, in der sich eine kleine Menge Schwarzpulver befand. Mathews lenkt seinen Strahl auf das Gefäß, und im Augenblick steigt dort schwarzer Qualm auf. Das Pulver hat sich unter der Einwirkung der Wellen entzündet. Schrecklicher Gedanke, wenn es den Strahlen möglich werden sollte, Stoffe zur Explosion zu bringen, in denen fürchterliche Spannungen wohnen, deren Entfesselung ringsum alles in Stücke reißt! Und besonders tiefen Eindruck hat auf Marzillac die Lösung eines Räusdens gemacht, das sein Leben im Dienst der Wissenschaft lassen mußte. Das unglückliche Tier befindet sich auf einem kleinen Tisch in einem Käfig. In dem fahrbaren Kasten lastet sich der runde, violette Fleck, der die Richtung der Strahlen weiß, langsam und sicher nach jener Behausung hin. Zwei treffen die tüftlichen Wellen den oberen Teil des Käfigs. Das Tierchen wittert Gefahr: schnüffelnd hebt es den Kopf in die Höhe. Da ist dieser auch schon selbst in den Mann des kleinen Handwerker geraten — und nach ein paar Sekunden bricht das Opfer tot zusammen.

Es ist schwierig, über Mathews und seine Strahlen ein Urteil zu fällen. Der Empfänger hüllt sich ziemlich rüchsig in Schweigen, was man ihm im Grunde nicht verdenken kann. Auch Marzillac hat von der ganzen Vorrichtung nicht mehr gesehen, als einen verschlossenen Kasten, einige Isolatoren, einen großen Transformator und einen Strahlenerfänger von mäßigem Umfang. Außerdem hat ihm sein Freund verraten, daß er Strom aus dem städtischen Netz entnehme, daß er aber von der ihm zur Verfügung stehenden Energie nur etwa ein Kilowatt zur Erzeugung seiner Strahlen gebrauche. Ich weiß von der Apparatur nicht mehr als mein Gewährsmann. Aber ich möchte auf

# Das Wiener Arsenal

## Ein Versuch industrieller Gemeinwirtschaft

Von Dr. Otto Reichert

Es ist von einem gewissen Maß, daß das größte sozialistische Unternehmen Österreichs, nein ganz Mittel- und Westeuropas, vor der Revolution eine der größten Fabriken für Kriegsmaterial war. Diese Tatsache ist womöglich der schlagendste Beweis dafür, in welcher Richtung sich die Dinge in Österreich geändert haben. Das Wiener Arsenal war als eine Folge der Revolution in dem Jahrgehalt erbaut, daß der Niederlage der bürgerlichen Revolution von 1848 folgte. Es breitete sich in dem Maße aus, als der Imperialismus mehr Nahrung heischte, und es wuchs mächtig im Laufe des Weltkrieges. Es zählt insgesamt 140 Gebäude, die 680 Geviertkilometer bedecken; an die 3000 Maschinen aller Art stehen in einer langen Reihe von Werkstätten.

Das Arsenal, das während des Weltkrieges 15 000 Menschen beschäftigte, stand an dessen Ende still, weil es nun natürlich keine Nachfrage nach Kriegswaffen mehr gab. Die Frage entstand, ob die Gebäude überhaupt noch für Fabrikationszwecke benutzt werden sollten. Die Arbeiter waren einstimmig dafür, daß die Werkstätten in Betrieb zu halten seien. Und zur Zeit des Zusammenbruchs, wo die Zerstörung überall einsetzte, schützten die staatlichen Werke mit ihrem Leben. Den Arbeitern ist es zu verdanken, daß das Unternehmen überhaupt noch besteht. Die österreichischen Unternehmen aber, denen der Wettbewerb einer solchen neuzeitlich eingerichteten Fabrik Furcht einflößte, waren gegen den Weiterbetrieb. Aus diesem Grunde hat seit der Revolution das Werk nur einen treuen Freund und Beschützer gehabt, nämlich die Arbeiterschaft, die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei.

Drei ernste Fragen waren zu lösen, um die größte Fabrik des österreichischen Imperialismus in ein sich selbstverwaltendes Unternehmen nach dem Vorbild der Arbeiter zu verwandeln, das zu Ruhm und Frommen der Gemeinschaft arbeitet. Zuvörderst mußte eine Form der Verwaltung gefunden werden, welche inmitten des bestehenden kapitalistischen Zustandes die Selbständigkeit des im Staatsbesitz befindlichen Unternehmens möglich macht. Zweitens mußte ein Plan entworfen werden für die Umwandlung der Kriegs- in Friedensproduktion. Und wenn das Arsenal in eine wirklich gemeinwirtschaftlich betriebene Fabrik umgewandelt werden sollte, mußte der Arbeiterchaft ein viel größerer Einfluß in der Geschäftsleitung gegeben werden, als sie in der Privatindustrie hat. Zu diesen überaus wichtigen Fragen, die natürlich nicht im Handumdrehen gelöst werden konnten, stellte sich das schwierige Problem der Finanzierung des Unternehmens zu einer Zeit, wo die Währung fortgesetzt sich verschlechterte und in der Folge das Kapital des Werkes zerrann.

Sinnfälliger der gesellschaftlichen Form war es gleich nach der Revolution zu einer allgemeinen Regelung der staatlichen Industrieunternehmen gekommen. Aber diese Regelung stand vollständig unter dem Einfluß einer umständlichen, ungeschicklichen Bürokratie, die der Sozialisierung teilnahmslos, nein feindselig gegenüberstand. Die letzte Entscheidung in der Verwaltung des Arsenal als aller staatlichen Industrieunternehmen lag bei den Beamten. Dieser Art der Verwaltung bestand nicht die Probe. So wurde das Gesetz für gemeinwirtschaftliche Unternehmen — eines der Sozialisierungs-gesetze von 1919 — benutzt, um das Arsenal in ein gemeinwirtschaftliches Unternehmen zu verwandeln. Das Merkmal dieser Gesetzgebung ist, daß nur der Staat, die Gemeinden und andere öffentliche Körperschaften solche Einrichtungen bilden können. Beim Arsenal ist der einzige Aktionär der Staat. Die oberste Leitung liegt in der Hand eines allgemeinen Betriebsausschusses, der so etwas wie ein Mittelglied ist zwischen einer allgemeinen Aktionärerversammlung und dem Direktorium einer Aktiengesellschaft. Dieser Betriebsausschuss entscheidet alle wichtigen Dinge. Er ist zusammengesetzt von Vertretern des Staates, einschließlich der des Handels- und Finanzministeriums. Außerdem sind die Verbraucher vertreten, die in Städten, die in Genossenschaften organisiert sind und auf dem Lande wohnen. Überdies sind wir in dem allgemeinen Betriebsausschuss — und das ist ein wichtiges Stück industrieller Demokratie — Vertreter des Betriebsrates der Arbeiter und Angestellten und Vertreter der Gewerkschaften, nämlich der Verbände der Metallarbeiter, der Holzarbeiter und der Industrieangestellten. Der allgemeine Ausschuss, der Kopf des Unternehmens, ernannt den Verwaltungsausschuss, der die Verantwortung in Geschäftssachen hat und der in der Tat das ist, was das Direktorium einer Aktiengesellschaft darstellt.

Als diese Organisation geschaffen war, galt es, ihr richtiges wirtschaftliches Leben einzuschlagen. Die Frage der Umwandlung der Produktion war eine dringliche und die allerwichtigste seit dem Tage des Zusammenbruchs. In dem Arsenal war eine gewaltige Kanonenfabrik während des Krieges errichtet und mit den neuesten technischen Erfindungen versehen worden. Diese mächtige Werkstätte, eines der ausgedehntesten Industriewerke Österreichs, wurde in eine Maschinenfabrik umgewandelt, die heute die größte Maschinenfabrik Österreichs ist. Was einst eine Kleinwaffenfabrik war, ist zu einer Fabrik für Pistolen und Jagdwaffen geworden; in der einstigen feuermechanischen Werkstätte werden jetzt Automobile fabriziert, die Werkstätte für Munitionslästen erzeugt Möbel, die Werkstätte für Artilleriewagen landwirtschaftliche Wagen.

So einfach wie es scheint, soch einen Produktionsplan in großen Anlagen zu zeichnen, ist ungeheuer schwierig, wenn man dazu kommt, solche Warenarten zu fabrizieren, die Absatz finden. Das Arsenal, das gezwungen ist, wie irgendein privates Unternehmen zu konkurrieren, ist den Gesetzen der freien kapitalistischen Wirtschaft unterworfen. Obgleich die Vertreter der Verbraucher im allgemeinen Ausschuss des Arsenal sitzen, darf nicht vergessen werden, daß die Genossenschaften wohl den Markt für Lebensmittel bis zu einem gewissen Grade organisieren, aber nicht den für Maschinen u. dergl. Und in der Tatsache, daß ein organisierter Markt für die Erzeugnisse des

Arsenals nicht vorhanden ist, liegt die größte Schwierigkeit für den Produktionsplan und die Verkaufsorganisation gemeinwirtschaftlicher Unternehmen.

Dann verursachte auch die Durchführung einer demokratischen Selbstverwaltung gewisse Schwierigkeiten, die nun allerdings zum großen Teil schon gelöst wurden. So sind beispielsweise die Arbeiter und Angestellten in der obersten Körperschaft, im dem allgemeinen Ausschuss vertreten. Ein Vertreter des Betriebsrats sitzt im Direktorium mit vollständig gleichem Rechte wie die anderen Direktoren. Letzthin wurde auch ein Vertreter des Metallarbeiterverbandes dem Direktorium beigelegt. Auf diese Weise werden die Arbeiter und Angestellten auf dem laufenden gehalten von allem, was in dem Betrieb vorkommt, und haben so die Möglichkeit, mittelbar und unmittelbar an allen wichtigen Entscheidungen teilzunehmen. Der Betriebsrat muß bezüglich der Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten befragt werden und hat auch eine sehr gewichtige Stimme in den Entscheidungen einer jeden Werkstätte. Nichts ist auch die Anteilnahme der Belegschaft an dem Schicksal des Unternehmens sehr verschieden von der in privaten Werken. Die Arbeiter in den gemeinwirtschaftlichen Unternehmen haben sich immer bereit gezeigt, Opfer für ihre Erhaltung zu bringen.

Ein Ding muß indessen hervorgehoben werden: eine gemeinwirtschaftliche Einrichtung inmitten einer kapitalistischen Umgebung ist, so erfolgreich sie auch sein mag, nur ein sehr bescheidener Schritt zur sozialistischen Gesellschaftsform. Sie ist in gewissem Sinne eine Sache des Studiums für die Fragen der Sozialisierung, eine gute Schulungsmöglichkeit für die Arbeiterschaft, denn letztere kann hier viel besser als irgendwo anders einen Einblick in die Geheimnisse des Geschäftsbetriebes nehmen. Und die Arbeiterschaft hat ein größeres Recht zur Teilnahme an der Leitung eines solchen Betriebes, als ihr jemals in einem Privatunternehmen zugestanden wird.

Aus diesen Gründen sind gemeinwirtschaftliche Unternehmen ein Gewinn für die Arbeiter. Aus diesen Gründen müssen solche Einrichtungen unterstützt und geschützt werden gegen die immerwährenden Angriffe und Veruche der Kapitalisten, sie zu sabotieren. In diesen ständigen kapitalistischen Angriffen liegt der sicherste Beweis, daß diese sozialisierten Unternehmen das Wahrzeichen einer sozialistischen Zukunft sind.

(Übersetzt aus dem Ratheft des Londoner Labour Magazine.)

## Verbandsstag der Metallarbeiter Hollands

Vom 14. bis 18. Juni tagte in Amsterdam die Vertreterversammlung niederländischer Arbeiterverbände (All. Ned. Metaalbewerkerbond). Von den 92 Delegierten hatten 73/75 Abgeordnete gefehlt. Auch war die Eijerne Internationale durch Abgeordnete aus Belgien, Schweden, Norwegen und der Tschechoslowakei vertreten. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hatte den Kollegen Buse delegiert. Die Mitgliederzahl des Verbandes ist dank der Kräfte und anderer Möglichkeiten in der Berichtszeit von 24 995 auf 21 682 oder um 13 v. H. zurückgegangen. In den anderen Metallarbeitergewerkschaften Hollands ist der Rückgang noch stärker, so beispielsweise in den katholischen 34 v. H., in den christlichen 27 v. H. Von der Gesamtheit der organisierten Metallarbeiter Hollands birgt unser Verband (am 1. Januar 1924) 55 v. H. Das Verbandsvermögen ist vom 1. Januar 1922 bis zum 1. Januar 1924 von 417 000 auf 610 000 Gulden gestiegen.

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung betraf das (gesetzliche) Mitbestimmungsrecht und die Betriebsorganisation. Die Aussprache wurde beendet mit der Annahme einer Entschließung, worin gesagt wird, daß der Verband bereit ist, mit den anderen Körperschaften der sozialistischen Bewegung eine Bewegung zur Einführung des Mitbestimmungsrechts zu führen, womit auch die Forderung nach Einführung eines Mindestlohnes und des achtstündigen Arbeitstages verknüpft sein soll. Eine Anzahl Anträge, die Einschränkung der Verwaltungsausgaben, also härteres Sparen bezweckten, wurden nach eingehender Aussprache fallen gelassen, weil die Arbeitslosigkeit zurückgegangen und die Mitgliederzahl wieder im Aufsteigen begriffen ist. Die Anträge, die eine nachhaltigere Propaganda gegen den Militarismus und die Verweigerung von Kriegsarbeit verlangten, wurden abgelehnt, weil die jetzigen wirtschaftlichen Verhältnisse einer solchen Bewegung nicht günstig sind. Verschiedene große Ortsgruppen wünschten die Erhöhung des brüchigen Anteils der Einnahmen, der bislang 9 Cent je Beitragsmarke betrug. Obwohl sich der Vorstand entschieden gegen das Verlangen wendete, wurde beschlossen, daß künftig die Gruppen mit mehr als 450 Mitgliedern 15 v. H., die kleineren 12 v. H. der Gesamtbeiträge am Orte behalten dürfen. Im weiteren wurde beschlossen, eine besondere Klasse mit einem Wochenbeitrag von 1 Cent zu schaffen, woraus für langentzogene Mitglieder der Aufenthalt in einer Heilanstalt bestritten werden soll.

Die Tagung, als Ganzes betrachtet, macht einen guten Eindruck. Politische Streitigkeiten waren nicht zu sehen, von Fraktionsbildung keine Spur. Der holländische Verband gibt ein Bild der inneren Einheit und Stärke, kurz erfüllt die oberste Notwendigkeit zur Erreichung seines Zieles.

## Die veränderte Stellung der russischen Gewerkschaften

In dem jüngst erschienenen Buch des Internationalen Arbeitsamtes über die Arbeiterverhältnisse in Russland wird die veränderte Rolle der Gewerkschaften in der neuen Wirtschaftspolitik eingehend geschildert. In dem Betriebe auf kaufmännischer Grundlage umgestaltet wurden und an Stelle des Arbeitszwangs die freie Einstellung der Arbeiter durch die — staatlichen oder privaten — Unternehmer trat, wurden sowohl die organisatorischen Grundlagen wie der Wirkungskreis der Gewerkschaften wesentlich verändert. Früher war jeder Arbeiter z w a n g s l a u f i g auch Mitglied der Gewerkschaft und die Gewerkschaftsbeiträge wurden von den Unternehmern bezahlt, wenn auch diese mit den Beiträgen infolge

haben, in Verwirrung geraten, so ist damit eine Zerstörung des Körpers befehle, da ja sein Wesen auf einem ganz bestimmten Spiel jener kleinsten Teilchen beruht. Es ist also nach Meinung Konstantins durchaus nicht ausgeschlossen, daß man mit neuen Strahlen ganz rätselhafte Wirkungen erzielen kann.

Vielleicht wird Matthews noch ein berühmter Mann werden. Aber Warte er sich mit seinen Strahlen ein Verdienst um die Menschheit erwerben? Bezwecken seine Wellen nicht fast ausschließlich Störung und Vernichtung? Fehlt ihnen nicht jede schöpferische Kraft? Sollen sie sich in den Dienst des mächtigeren Krieges stellen?

## Der Verkehr in New York

Die Wiener Arbeiterzeitung erzählt von einem Wiener Geschäftsreisenden aus New York über die Verkehrsregelung dieser Stadt nachfolgende Darstellung:

New York hat 6 Millionen Einwohner und 2 1/2 Millionen Automobile. Trotzdem, oder besser, weil es so viele Automobile hier gibt, kommen fast gar keine Unfälle vor. Schnellfahren ist fast unmöglich und wird vornehmlich in unarmherzig bestraft. Die Geschwindigkeit ist in den verkehrsreichen Straßen mit acht Meilen (etwa 12 km) in der Stunde festgelegt. In diesen Straßen sind in gewissen Abständen Signalarme errichtet, die von der Verkehrs Polizei bedient werden. Alle 2 1/2 Minuten leuchtet ein grünes Licht auf, das heißt, daß alle Fahrzeuge auf der Hauptstraße zu halten haben; jetzt können die Fußgänger die Straße überqueren und die Automobile, die ihren Weg durch die Seitenstraßen nehmen, weiterfahren. Dann eine halbe Minute totes Licht, das bedeutet für die Fußgänger den Signalwechsel, und nun 2 1/2 Minuten weißes Licht, das den Weg freigibt für die Fahrzeuge in der Hauptstraße und die Autos in den Seitenstraßen anhalten. An ein schnelles Fortkommen mit Auto ist also nicht zu denken. An der Ecke der fünften Avenue und der 42. Straße, dem verkehrsreichsten Punkt New Yorks, geht man zwischen 9 Uhr früh und 9 Uhr abends stündlich 12 000 Automobile. Verkehrsregeln auf Autos und Motorrädern passen auf die

der schlechten Verhältnisse in der Regel im Abstand bleiben. Gegenwärtig erfolgt der Beitritt zur Gewerkschaft aus freien Stücken (nur der einzelne Betrieb kann durch Stimmmehrheit den amangewiesenen Eintritt fordern) und das Mitglied muß selbst die Beiträge bezahlen (in der Regel 2 v. H. des Lohnes). Folge dieser Veränderung ist die Mitgliederzahl zunächst arg gesunken, von 8,4 Millionen Mitte 1921 auf 4,4 Millionen Ende 1922, 1923 ist wieder eine Steigerung der Mitgliederzahl eingetreten.

Die finanzielle Lage der Gewerkschaften ist infolge der andauernden Wertberwertung und der unregelmäßigen Einkünfte sehr unglücklich, es mußte ein starker Abbau der Gewerkschaftsfunktionen — deren Zahl allerdings übermäßig hoch war — durchgeführt werden. Die Umstellung der Unternehmungen auf kaufmännische Grundlage hat die Rolle der Gewerkschaften bei der Leitung und Kontrolle der Produktion zurückgedrängt. Ihr erwachsen aber zwei andere Aufgaben, die sich aus der Einführung des freien Arbeitsvertrags zwischen Unternehmer und Arbeiter ergeben: der Abschluß von Kollektivverträgen und die Teilnahme an der Schlichtung von Arbeitskonflikten. Beide Einrichtungen wurden 1922 ins Leben gerufen. Im Jahre 1923 haben die Gewerkschaften Tarifverträge mit Staatsunternehmungen (42,6 v. H.), Privatunternehmungen (44,5 v. H.) und Gewerkschaften (13 v. H.) abgeschlossen. Neun Zehntel der von den Tarifverträgen erfaßten Arbeiter sind in den sozialisierten Betrieben (Staatsbetriebe) beschäftigt. Die Zahl der Arbeitskämpfe ist ständig im Steigen. Sie haben im Jahre 1922 mehr als 3 1/2 Millionen Arbeiter betroffen. Klein in Moskau und Petersburg im Jahre 1922 600 000 und im ersten Vierteljahr 1923 200 000. Außer dieser Tätigkeit liegt den Gewerkschaften die Beobachtung und Kontrolle der Durchführung der sozialpolitischen Gesetze ob, besonders in bezug auf die Gewerbeaufsicht, Arbeitszeit, Überstunden, Nachtarbeit, Jugend- und Frauenschutz, Urlaubszeit usw.

## Die dänischen Gold- und Silberarbeiter

hielten vom 17. bis zum 19. April zu Kopenhagen ihren 9. Verbandstag ab. Dieser Verband gehörte früher ebenfalls der Zentralorganisation der Metallarbeiter in Dänemark an, ist aber seit einigen Jahren aus ihr ausgeschieden. Es nahm auch kein Vertreter eines der anderen Metallarbeiterverbände in Dänemark an dem Verbandstage teil, dagegen war der Kollege Joh. Johansson vom Schwedischen Metallindustriearbeiter-Verband als Gast anwesend, desgleichen der Kollege G. Gabrielsen vom Norwegischen Goldschmiedearbeiter-Verband. Aus den Verhandlungen ist hervorzuheben, daß der Vorstand ermächtigt wurde, nach genauer Untersuchung und unter gebührender Rücksichtnahme auf die Mittel des Verbandes Aktien von Unternehmen zu erwerben, in denen der Verband vertreten ist. Ferner hatte der Vorstand beantragt, für den Fall, daß der Kassenbestand auf 5000 Kronen steigt, dem Internationalen Gewerkschaftsbund zur Unterstützung der deutschen Gewerkschaften eine Summe zu übermitteln, die ebensoviel ausmacht, wie wenn von jedem Verbandsmitglied ein Beitrag von 5 Kronen erhoben worden wäre. Qu.

## Auszug des Negerbottes

Obwohl seit der Negerbefreiung 62 Jahre vergangen sind, wird er in den Vereinigten Staaten noch immer als Paria behandelt. Er wird von den Weißen gesellschaftlich gemieden, ihm sind besondere Gaststätten, Eisenbahnwagen und selbst Bedürfnisanstalten zugewiesen, in nicht wenigen Gewerben ist ihm die Arbeitsmöglichkeit verschlossen. Besonders fühlbar der „Farblinie“, das ist in den eigentlichen Negerstaaten, verfährt die Justiz hart mit ihm, seine bürgerlichen und politischen Rechte werden ihm beschnitten und der Wunsch, mit dem weißen Nachbarn zu verkehren, wird ihm als unbeschämte Annahme, wenn nicht als Verbrechen angesehen. Begehrt er ein geringes Vergelohn oder ist er nur eines solchen verdächtig, kürzt sich der Jahrgel auf ihn und ist grausame „Justiz“. In der Zeit von 1885 bis 1922 wurden in Nordamerika 4152 Menschen ohne jede Unterjudung gehängt, davon 3120 Neger. Der Neger ist gezwungen, immer im Schatten zu leben, immer hinter den Vorhang zu gehen, im Weltkrieg aber, den die „herrliche Nation“ für Demokratie und Zivilisation führte, und in der Schlacht wurde ihm großmütig gestattet, vorne zu gehen.

Seine Erlebnisse im Weltkrieg und natürlich auch noch andere Umstände wirkten, wie es scheint, mächtig auf die Seelenbeschaffenheit der schwarzen Menschen. Sie wollen sich offenbar nicht mehr als Menschen zweiter Klasse, als Lynchopfer, als Rechtlose behandeln lassen. Da die Mißhandlung nicht weicht, weichen sie. Sie verlassen die Staaten, wo sie am schlimmsten mißhandelt werden, und ziehen nordwärts. Daß es sich um einen Massenauzug handelt, zeigt eine Aufstellung im Aprilheft der Washingtoner Labor Review. Von den 13 Südstaaten wanderten im Jahre 1923 nicht weniger als 478 000 Neger ab, das sind 5,7 v. H. der gesamten Negerbevölkerung. Am stärksten sind daran die Staaten Florida (27,3 v. H. seiner farbigen Einwohnerzahl), Alabama (10 v. H.) und Georgia (10 v. H.) beteiligt. Da natürlich die tätigen und arbeitsfähigen Männer zuerst fortziehen, ist leicht zu verstehen, daß bedenkliche Lücken auf dem Arbeitsmarkt der Südstaaten entstehen. Deren Baumwoll- und Tabakplantagen entvölkern sich, die Aussicht ist mehr als gering, daß die Plantagenbesitzer Ersatz für die billigen schwarzen Arbeitskräfte erhalten. Das Wunder, daß auch sie nach Öffnung der Grenze rufen, um aus zurückgebliebenen Gegenden Europas Menschen begehren zu können.

Der Auszug der Neger geschieht schrittweise. Ihre Mittellosigkeit und andere Gründe gebieten ihnen, immer bloß ein Stück nordwärts zu wandern, dann irgendwo als irgendwas kurze Zeit zu arbeiten, um so Geld für die Weiterreise zu verdienen. Allmählich gelangen sie dann in den Staat oder Ort, wo sie eine ihnen erträglich scheinende Arbeitsstelle oder Befandlung finden. Dies glückt ihnen jetzt eher als früher, weil dank der Herabsetzung der Einwandererzahl und dank dem einigermaßen guten Gang vieler Industrien Nachfrage nach

Schnellfahrern auf. Die Strafen sind, wie gesagt, unmaßstäblich, und je höher die Strafen für das erste Mal keine Selteneheit.

Dem New Yorker stehen folgende Verkehrsmittel zur Verfügung: Zwei Systeme von Untergrundbahnen, zwei Systeme von Hochbahnen und unzählige Straßenbahn- und Autobuslinien. Alle diese Verkehrsmittel zusammen befördern jährlich drei Milliarden Passagiere. Der New Yorker geht nicht, wenn er nicht muß. Der Fahrpreis ist überall der gleiche: fünf Cents (20 Sch.). Auf den Untergrund- und Hochbahnen gibt es Express- und Lokalgänge. Der größte Bahnhof New Yorks ist die Grand Central Station, von wo die Züge durch den ganzen Westen Amerikas bis nach San Francisco fahren. 900 Züge verlassen täglich diese Station auf unterschiedlichem Wege und werden 25 Meilen weit von einer elektrischen Lokomotive gezogen, die dann gegen eine Dampfmaschine umgetauscht wird. Eisenbahnzüge sind im Vergleich New Yorks weder zu sehen noch zu hören. 30 000 Menschen können sich in den Hallen des Bahnhofs gleichzeitig aufhalten, ohne daß ein Gedränge entsteht.

## Entgewerkung

Ein gewerkschaftlich nicht organisierter Mann tritt in eine Fleischerei, um einen Kalbskopf zu kaufen. Als der Fleischergeselle den Kopf einwickelt, bemerkt der Kunde eine Inschrift, die besagt, daß dies ein Kopf der organisierten Arbeiter sei.

„Sagen Sie“, forschet der Kunde, „ist dies auch Gewerkschaftsarbeit?“

„Jawohl, mein Herr“, erwidert der Fleischergeselle.

„Ich bin kein Freund der Gewerkschaften und möchte auch keine Gewerkschaftsarbeit haben.“

„Ich kann die Ware leicht entgewerkung“, beruhigte der Fleischergeselle, nahm den Kalbskopf und verschwand in dem Raum hinter dem Laden. Nach einigen Augenblicken kehrte er zurück und bemerkte: „So, jetzt ist's in Ordnung.“

„Wie haben Sie das gemacht?“ fragte der Kunde.

„Sehr einfach, ich nahm das Hirn heraus.“ (Mine Workers' Journal.)

eine Erscheinung hinweisen, von der Marillac berichtet, die vielleicht einiges Licht auf die Natur der Strahlen wirft, um die es sich handelt. Ein Mitarbeiter Matthews hatte sich im Gesicht häßliche Brandwunden zugezogen, als er unvorsichtig in den Bereich der Röntgenstrahlen — die offenbar doch nicht immer mörderisch sind — gekommen war. Diese Wirkung weist entschieden auf kurzweilige Strahlen hin, und damit würde auch gut der Umstand übereinstimmen, daß ein gefährdeter Schachschirm, der nach diesem Unglücksfall ständig angewendet wurde, seit einem Teil der Strahlung durchließ, was bei langen Wellen nicht wohl möglich gewesen wäre.

Marillac hält sich jedenfalls überzeugt, daß er keinem Betrag zum Opfer gefallen ist. Er erklärt, daß er von den größten Zweifeln befreit gewesen sei, als er den Raum betrat, in dem Matthews seine rätselhaften Strahlen an der Arbeit vorführen wollte. Und er hat nichts unversucht gelassen, um etwaige geheime Vorrichtungen zu entdecken, die dem Gelingen der Versuche hätten entgegenkommen können. So hat er den Motor, den die Bestrahlung zum Stillstand veranlassen sollte, gründlich daraufhin geprüft, ob vielleicht ein verborgenes Drähtchen zu ihm führe, mittels dessen sich eine Bremung im entscheidenden Augenblick erzielen ließ. Aber weder Motor, noch Glühlampe, noch Pulverbüchse, noch Räucherkerze zeigten irgend etwas Verdägliches.

Öffentliche Meinung und Presse haben bereits vielfach mit Matthews und seinen Strahlen beschäftigt. Natürlich fehlt es nicht an Stimmen, die einfach alles für Schwindel erklären, und andere Leute warnen, an die wunderbare „Erfindung“ zu glauben. An anderer Stelle wird nicht bezweifelt, daß Matthews wirklich durch Bestrahlung einen Motor zum Stillstand bringen konnte. Aber es wird erklärt, daß jeder kundige Physiker dazu auch imstande sei.

Sehr gut gefiel mir ein Artikel von einem Ingenieur Otto Constantin, der mir jüngst in die Hände kam. Der Verfasser weist darauf hin, daß die elektromagnetischen Strahlen zum Beispiel auf der photographischen Platte dadurch einen Stoffeffekt bewirken, daß sie die stets vorhandenen Atombewegungen der Materie hören. Gelingt es nun, Strahlen von solcher Wellenlänge auf einen Körper zu schicken, daß dadurch die Schwingungen, die dessen Atome

